

Diakonischer Arbeitskreis für Gerechtigkeit und Solidarität (DAGS)

Konvent der Brüder- und Schwesternschaft
des Rauhen Hauses Hamburg



Informationsblatt des Arbeitskreises (8. Jahrgang, Nr. 10, Oktober 2014)

Ein Sonnenstrahl reicht, um viel Dunkel zu erhellen.

Franz von Assisi

Die Krise des Dritten Weges

Die Kirchen haben sich nach 1945 mehrheitlich nicht dazu entschließen können, den Weg der freien Aushandlung arbeitsrechtlicher Bedingungen in Tarifverträgen zwischen gleichberechtigten und voneinander unabhängigen Vertragspartnern zu gehen, sondern haben auf der Grundlage ihres verfassungsrechtlich garantierten Selbstbestimmungsrechtes die Entwicklung eines Dritten Weges verfolgt. Dass die Kirchen eigene Regelungskompetenzen in Anspruch nehmen können, wurde ihnen auf die Zusicherung hin zuerkannt, vorbildliche Arbeitsverhältnisse gestalten zu wollen. So hatte der Vertreter der Inneren Mission bei den Beratungen über das Betriebsverfassungsgesetz 1954 zugesagt: "Gerade aus dem Geist der Dienstgemeinschaft heraus sind wir nicht bestrebt, weniger als die anderen zu tun, die aus dem Geist des Mitwirkens des Arbeitnehmers entgegen oder gegenüber dem Arbeitgeber etwas herausholen wollen."

Auch die EKD hatte bereits 1950 zugesichert, verbesserte Mitbestimmungsrechte für die Beschäftigten zu schaffen: "Dass die Kirche hierbei allen berechtigten sozialen Anforderungen gegenüber den bei ihr Beschäftigten in vollem Umfang nachkommt, ist selbstverständlich."

Obwohl mit dem Dritten Weg die juristischen Grundlagen der Regelungssysteme zur Arbeitsrechtssetzung und damit zur Lohnfindung bei der verfassten Kirche und Diakonie weitgehend identisch sind, sind die Ergebnisse unterschiedlich. Während die verfasste Kirche mit ihren an die Steuerentwicklung gekoppelten Einnahmen noch weitgehend die Tarifregelungen des öffentlichen Dienstes mit wenigen kirchlichen Besonderheiten anwendet, drängen diakonische Einrichtungen häufig auf ein eigenständiges Tarifsystem. **Wenn also von einer Krise des Dritten Weges gesprochen wird, bezieht sich dies primär auf die Diakonie.**

Die diakonische Tariflandschaft zerfasert: Einige Landeskirchen und Diakonische Werke vergüten nach wie vor auf dem Niveau des Tarifes des öffentlichen Dienstes (TVöD), andere haben eigenständige Rechtsregelungen eingeführt, die Entgelte abgesenkt oder Beliebighkeitsklauseln eingeführt, die es ermöglichen, jeweils das kostengünstigste Arbeitsrecht anzuwenden.

Mit der Entscheidung, sich vom Tarifvertrag des öffentlichen Dienstes abzukoppeln und ein eigenständiges Tarifsystem mit niedrigeren Entgelten zu schaffen, gibt

die Diakonie eine einheitliche Lohngestaltung im Sozialmarkt auf und befördert den Wettbewerb innerhalb des Anbietermarktes über Löhne und Arbeitsbedingungen.

Ein Beispiel aus dem Jahr 2009

Aufgrund wirtschaftlicher Schwierigkeiten bot die Caritas in Niedersachsen, die ihre Beschäftigten nach TVöD entlohnte, mehrere Altenheime zum Verkauf an. Ein anderer Träger konnte mit den niedrigeren Personalkosten des Diakonischen Werkes der Ev. Kirche in Berlin-Brandenburg-Schlesische Oberlausitz die Heime übernehmen und dabei sogar die Tarife des Diakonischen Werkes in Niedersachsen noch unterbieten. Die Beschäftigten erhalten jetzt bis zu 13 Prozent weniger Gehalt.

Dieser Sonderweg schwächt nicht nur die Diakonie, sondern auch die anderen Wohlfahrtsverbände, da sich dieser Weg den Refinanzierungsbedingungen ausliefert, statt gemeinsam mit den anderen Anbietern bessere Konditionen auszuhandeln. Darüber hinaus widerspricht er dem selbst formulierten Anspruch des Geistes einer Dienstgemeinschaft in Kirche und Diakonie.

aus dem Flyer „Impulse des KDA“ (Kirchlicher Dienst in der Arbeitswelt): „Für gute und gerechte Arbeitsbedingungen in Kirche und Diakonie“

Die Diakonie appelliert an den Bundesrat

Asylsuchende aus unterschiedlichen Herkunftsländern nicht gegeneinander ausspielen

„Wenn der Bundesrat dem aktuellen Gesetzentwurf zustimmt, Serbien, Mazedonien und Bosnien als sichere Herkunftsländer einzustufen, werden nicht weniger Menschen aus diesen Staaten in Deutschland Hilfe suchen“, betont Diakonie-Präsident Ulrich Lilie am 12. September in Berlin. Lilie weiter: "Die Politik verschließt die Augen vor den massiven Menschenrechtsverletzungen in diesen Ländern, gerade gegen Roma oder Homosexuelle. Es wird für die Schutzsuchenden vom Balkan nur schwieriger nachzuweisen, dass sie verfolgt werden." Auch die derzeitige katastrophale Unterbringungssituation für alle Asylsuchenden in Deutschland werde durch die geplante Neuregelung nicht verbessert.

Mit der geplanten gesetzlichen Regelung werde pauschal angenommen, dass es in den drei Balkanstaaten keine Verfolgung gebe. "Das Anliegen jedes Asylsuchenden muss vorbehaltlos angehört werden", unterstreicht Lilie. Nach Ansicht der Diakonie widerspricht

das Gesetz, über das der Bundesrat am 19. September abgestimmt hat, verfassungs- und unionsrechtlichen Standards, da nicht ausreichend geprüft wurde, ob die Herkunftsländer tatsächlich sicher sind.

Statt sichere Herkunftsländer zu definieren, sollte der Bund Länder und Kommunen bei der Aufnahme von Flüchtlingen unterstützen. "Am meisten würden die Länder und Kommunen durch die Abschaffung des Asylbewerberleistungsgesetzes entlastet", so Lillie.

aus: Pressestelle der Diakonie vom 20.09.2014

Wie Zocker ganze Länder ruinieren

**Die drohende Staatspleite von Argentinien mag weit weg sein - sie geht aber alle an:
Dort spielen Hedgefonds russisches Roulette**

Auf Kommunisten ist auch kein Verlass mehr. Wenn man sie einmal braucht, bleiben sie stumm. So weltfremd die Ableitungen der Herren Marx, Engels und Lenin stets waren, als Kapitalismusbändiger funktionierte der real existierende Sozialismus. Die Angst vor den Kommunisten schuf in Westdeutschland den gemüthlichen rheinischen Kapitalismus, die soziale Marktwirtschaft. Und in jeder Debatte gab es zur These auch eine Antithese.

Heute wird nicht mehr groß diskutiert - und die gefährlichsten Gegner des Kapitalismus sind längst nicht mehr vollbärtige Revoluzzer, sondern aggressive Hedgefonds der Wall Street. Ausgerechnet die Nutznießer der freien Märkte ruinieren die Märkte und mit ihnen das Vertrauen in die Marktwirtschaft. 1998 hätte es der Hedgefonds Leng-Term Capital Management fast geschafft, das weltweite Finanzsystem durch Zinsspekulationen zu schreddern - nur durch eine Rettungsaktion der US-Notenbank und großer Finanzinstitute konnte der GAU verhindert werden. In der großen Finanzkrise der Jahre 2007 bis 2009 wirkten Hedgefonds, zurückhaltend formuliert, wie Brandbeschleuniger. Und nun zeichnet sich eine neue Krise ab, die von dem Fonds NML Capital ausgebrütet wurde.

Dabei geht es um Argentinien. Dem Land droht wieder einmal - Griechenland lässt grüßen - die Staatspleite. Schuld daran sind ausnahmsweise nicht die Argentinier selbst, deren Regierungen in den vergangenen Jahrzehnten zugegebenermaßen kaum einen Fehler ausgelassen haben und die über ihre Verhältnisse gelebt haben. Schuld sind dieses Mal gierige Geierfonds und ein 84-jähriger Richter. Argentinien will den Gläubigern die Zinsen pünktlich zahlen, doch es darf nicht. Denn ein US-Gericht verurteilte das Land, zuerst gierige Geierfonds zu bedienen.

Der Hedgefonds NML Capital bezahlte im Jahr 2008 für Argentinien-Anleihen 48 Mio. Dollar und möchte nun 882 Mio. Dollar zurück bekommen - eine Rendite von 1688 Prozent. NML weigert sich, einen mit einer 92-Prozent-Mehrheit der Gläubiger ausgehandelten Schuldenschnitt zu akzeptieren. Die vernünftigen Gläubiger hatten 2005 und 2010 den Forderungsverzicht akzeptiert, um Argentinien die Chance zu geben, auf die Beine zu kommen. Lieber auf Rendite verzichten als gar nichts zu bekommen, dachten sich die meisten Gläubiger. Eine tote Kuh gibt keine Milch. NML und ein weiterer Geierfonds namens Aurelius aber ticken anders. Sie wollen die Kuh schlachten und ganz für sich: Sie kauften die Anleihen in der Krise billig ein und fordern nun das ganze Geld inklusive der Zinsen

der Vergangenheit. Mit Erfolg: Ein US-Gericht ordnete an, Argentinien müsse erst die beiden Hedgefonds auszahlen, ehe es die Forderungen der anderen Gläubiger begleichen darf. Ein irres Urteil. Dass der Richter Thomas Griesa ein rechter Haudegen im Alter von 84 Jahren ist, ernannt noch von Nixon und von der Materie offensichtlich überfordert, spielte keine Rolle.

Für Argentinien schon - das Land durchlitt eine brutale Krise nach dem Zahlungsausfall 2001. Die Banken verbarrikadierten ihre Türen, die Märkte brachen zusammen. Es gab Plünderungen, die Kriminalität stieg explosionsartig an, Demonstrationen gipfelten in Gewalt, 28 Menschen starben, die Armutsquote vervierfachte sich. Das Land stand am Abgrund, doch es fing sich - nicht zuletzt dank des Schuldenschnitts. Sollten sich die Geierfonds durchsetzen, droht eine Neuauflage der Krise der Jahrtausendwende. Denn die Bedingungen zur Schuldenrestrukturierung sahen vor, dass alle Gläubiger gleich behandelt werden. Siegen die Gierigen, müsste umgerechnet jeder Argentinier rund 3500 Dollar zahlen, „und das alles, um die Taschen einiger Milliardäre zu füllen, die darauf aus sind, das Land auszupressen“. Das sagt kein Kommunist, sondern der Nobelpreisträger für Wirtschaft, Joseph Stiglitz. Er wirft Richter Griesa vor, eine "Bombe" ins Weltwirtschaftssystem zu werfen.

Argentinien kämpft mit dem Mut der Verzweiflung gegen die Staatspleite und will die Zahlungen nun über seine Nationalbank abwickeln. Griesa nennt auch das „illegal“. Man mag von Präsidentin Kirchner wenig halten, man kann mit guten Gründen die Politik des Landes kritisieren - in diesem Konflikt aber haben sie Solidarität verdient. Wenn Hedgefonds nicht nur zocken, sondern auch noch die Spielregeln im Casino bestimmen, kommt nicht nur die nächste Finanzkrise bestimmt. Am Ende steht auch noch der tote unselige Kommunismus wieder auf.

aus: Hamburger Abendblatt vom 25.08.2014

DAGS im Internet

Besucht uns auch im Internet unter
www.dags-konvent.de

Hier könnt Ihr in allen Jahrgängen der Informationsblätter stöbern, erfahrt, woran DAGS gerade arbeitet, oder könnt mit uns im Diskussionsforum diskutieren.

Für Eure/Ihre schriftliche und verbale Unterstützung unserer Arbeit und unserer Themen danken wir sehr. Es ist wünschenswert, dass Themen und Diskussionsbeiträge von unseren Leserinnen und Lesern eingebracht und wenn uns Beiträge zugesandt werden, die wir im Info-Blatt oder auf unserer Homepage veröffentlichen können. Über Anregungen und Kritik freuen wir uns.

**Beiträge und Anregungen bitte an
mathias.mees@web.de**

Unser nächstes Treffen findet statt am 16.10. 2014 von 18.00 bis 20.30 Uhr im Rauhen Haus (Altenheim-Haus Weinberg).

Ehre Gott mit deinen Opfern gern und reichlich, und gib deine Erstlingsgaben, ohne zu geizen.

(Monatsspruch Oktober 2014 aus Sirach 35,10)

Herausgeber: DAGS
Redaktion und verantwortlich i.S.d.P.:
Siegfried Heidler, Hamburg
Klaus-Rainer Martin, Klein Wesenberg